



Zweiter Tag des Sechzehnten Treffens
MC(16) Journal Nr. 2, Punkt 8 der Tagesordnung

MINISTERERKLÄRUNG ZUM 60. JAHRESTAG DER KONVENTION ÜBER DIE VERHÜTUNG UND BESTRAFUNG DES VÖLKERMORDES

Wir, die Mitglieder des Ministerrats der OSZE, begehen den 60. Jahrestag der am 9. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedeten Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (in der Folge als „Konvention“ bezeichnet).

Wir sind uns dessen bewusst, dass in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte die allen Mitgliedern der menschlichen Familie innewohnende Würde und deren gleiche und unveräußerliche Rechte als Grundlage der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens in der Welt anerkannt wurden, und wir bekräftigen auch die einschlägigen in der Schlussakte von Helsinki festgeschriebenen Verpflichtungen.

Wir bekräftigen die Bedeutung der Konvention als wichtiges internationales Rechtsinstrument zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes.

Wir rufen die Teilnehmerstaaten dazu auf, den ehestmöglichen Beitritt zur Konvention und die Beteiligung an diesem weltweiten Rahmen zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes in Erwägung zu ziehen, sofern sie dies noch nicht getan haben. Ferner rufen wir die Vertragsstaaten auf, ihre Aktivitäten zur vollständigen Umsetzung ihrer Verpflichtungen aus der Konvention zu verstärken und zu intensivieren.

Wir stellen fest, dass die Vereinten Nationen mit der Verabschiedung der Konvention die Tatsache anerkannten, dass der Völkermord eine verabscheuungswürdige Geißel ist, die der Menschheit große Verluste zugefügt hat, und ihrer Überzeugung Ausdruck verliehen, dass internationale Zusammenarbeit erforderlich ist, um eine Verhütung und Bestrafung des Völkermordes unverzüglich zu ermöglichen.

Wir erkennen an, dass Völkermord eines der schwersten Verbrechen nach dem Völkerrecht ist, das von der gesamten internationalen Gemeinschaft verurteilt wurde und durch nichts gerechtfertigt werden kann.

* Enthält Änderungen gemäß offizieller Abstimmung durch die Delegationen am 6. Februar 2009.